

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeschen Buchdruckerei (Oskar D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Stron in Neuenbürg

Genusspreis:
Das einjährige Heft...
Bei größeren Aufträgen...
Zusatzleistungen...
Für telefonische Aufträge...
Bestellungen an die Redaktion...

Wurzelpreis:
Die einjährige Heft...
Bei größeren Aufträgen...
Zusatzleistungen...
Für telefonische Aufträge...
Bestellungen an die Redaktion...

Deutschland.

30. Okt. Nach Kölner Zeitungsmeldungen begab sich der Reichshof von Köln, Kardinal Schulte, zum Präsidenten der Rheinischen Rheinlandskommission nach Koblenz, um im Namen seines Amtes an die Kolonialen des Auslandes auf die Angelegenheiten, die er um schwebende Entscheidung der Rheinlandskommission dringend erzielte, persönlich einzuschreiten.

Verhandlungen zwischen den Industrievertretern und der Ingenieurkommission.

Paris, 29. Okt. Das berichtet aus Düsseldorf: Die Verhandlungen wurden in Düsseldorf fortgesetzt und man kann erwarten, daß es in dieser Woche zum Abschluß wichtiger Abmachungen kommen werde, durch die sich die Zahl derjenigen Gruben und Fabrikbetriebe, die bereit seien, die Reparationsleistungen wieder aufzunehmen, von 27 Prozent auf 90 Prozent erhöhen würde. Aus der Gasaussage ergibt sich, daß die Anträge der Arbeitgeberherrscher hinsichtlich der Zahlung der Kohlensteuer ermäßig werden sind. Außerdem würden die Industriellen gewisse Fristen für die Zahlung der rückständigen Steuern gewährt werden, um nicht die augenblickliche Finanzlage noch mehr zu erschweren, und ihnen die nötige Zeit zu lassen, Kredite aufzutreiben, die sie anscheinend auch erhalten würden. Desgleichen sei vorgegeben, ihnen einen Teil der beschlagnahmten Lagerprodukte zur Verfügung zu stellen. Durch den Verkauf dieser Lagererzeugnisse würden sie in den Besitz der für die Wiederbetriebnahme ihrer Werke erforderlichen Summen gelangen. Man dürfe also hoffen, daß die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet sich bald gänzlich bessern werde.

Wenn man keine Zeitung liest,

ist mit den in das Leben eines jeden direkt oder indirekt eingreifenden politischen und sozialen Ereignissen nicht mehr auf dem Laufenden, verliert den inneren Zusammenhang mit allem, wird unfähig in politischen und wirtschaftlichen Fragen und damit in seinen Dispositionen und muß mit einschneidenden Nachteilen und Verlusten rechnen. Wir erinnern, um nur einiges herauszugreifen, an die sich jagenden Verordnungen, Steuererhöhungen, Factis- und Factidirekte, Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung usw., außerdem aber an Kurs- und Marktschwäche, Meldungen über den Stand des Dollars und der übrigen ausländischen Zahlungsmittel. Die Reihe könnte unendlich fortgesetzt werden, aber wie schon diese wenigen Punkte zeigen,

Bayern und das Reich.

Die bayerische Regierung hat die Kabinetsitzung, in welcher über das Ersuchen um Wiederherstellung der Reichswehrkommission berichtet wurde, am Sonntagabend beendigt. Die Entscheidung wird erst am Montag bekannt werden. Die Stimmung scheint nicht sehr günstig zu sein. Wenigstens läßt sich das aus einer Äußerung der Bayer. Staatszeitung schließen, welche schreibt: Es ist ein ganz wesentlicher Unterschied, ob wie es in Sachsen der Fall ist, eine Staatsregierung die Ordnung nicht aufrecht zu erhalten vermag und die Verantwortlichkeit auf sich zu übernehmen vermöge, oder ob — wie in Bayern — die Landesregierung selbst die Verantwortung über sich zu nehmen vermag.

Niederwerfung der revolutionären Bewegungen in Griechenland.

Die griechische Befehlshaber in Stuttgart teilt über die Entwicklung der Ereignisse in Griechenland mit: Im ganzen Lande herrscht volle Ruhe. Der Regierung werden zahlreiche Telegramme zugesandt, in denen die Ergebnisse des Volkes zum Ausdruck gebracht sind. In Athen fand eine riesengroße Kundgebung gegen die Untertänigkeit der griechischen Nation statt. Die Operationen im Peloponnes sind bereits im Gange, die Regierungstruppen haben Korinth besetzt.

erleidet hohe Verluste,

wer nicht ständiger Leser des „Enztäler“ ist. Unsere Meldungen vor Inkrafttreten neuer Preise usw. vermeiden dies. Wer von einer Bestellung zunächst abgesehen hat, wird bei erster Erwägung der Vorteile sich zum regelmäßigen Bezug des „Enztäler“ entschließen.

Unabhängige Reichsarmee an Rhein und Ruhr.

Die Rheinlande sind ein Gebiet, das bei der Reichsdeklaration einwandlos anerkannt wurde, das die eingetragene Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes das höchste Maß an landfremden Elementen angezeigter Separatistischer, von landfremden Elementen völlig absetzender Bevölkerung besitzt. Der Separatistenschwund ist damit, trotz der gemeinsamen Lebensbedingungen einigermassen beherrschbar, wenn man zum Scheitern verurteilt. Mit bezahltem Gehalt läßt sich kein Staat gründen. Die verzwicktesten Bestimmungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und falsche Nachrichten zu beeinflussen, vermögen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung hält der standhaften Bevölkerung des besetzten Gebietes die Anerkennung. Sie zeigt, daß das besetzte Gebiet sich nicht vom Vaterlande trennen läßt und ihm auch während der Trübe hält. Das letzte Verbot der Reichs- und Landesbehörden und bleibt die härteste Stufe in dem gerechten Kampf um Rhein und Ruhr für das Deutschland und gegen die Verwirrung.

Rechtsbegünstigung für Deutschland im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Der vom Reichskommissar Houghen der deutschen Regierung übergebene provisorische Entwurf von einem Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Amerika und Deutschland sieht für Einfuhren und Ausfuhren wechselseitige Mostbegünstigungen vor, sowie eine gegenseitige Erweiterung der Konsularbefugnisse. Der Abschluß des aus dem Wunsch, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu regeln, geschlossenen Vertrages steht demnach, sobald Dr. Wiedefeld seine Geschäfte wieder aufnehmen hat. Der Vertrag hat im allgemeinen die Richtlinien, welche auch den jetzt mit Spanien und den baltischen Staaten abgeschlossenen Verträgen zugrunde liegen.

Heute letzte Nummer im Monat Oktober.

Morgen neuer Bezugsabschnitt.
1.15 (4.4), 2.10-11 (3.4-3.6), Kalbfleisch 20 (7.4), Schweinefleisch 20 (7.5), Hammelfleisch 19 (5.6), Schaffleisch 13-14 (5-5.3) Milliarden Mark.

Vergünstigungen im Personen- und Güterverkehr.

Berlin, 30. Okt. Da die Personentaxe mit dem 1. November auf Goldmarkbasis umgestellt werden, die Güter und Waren aber noch nicht auf Goldmark angepaßt sind, hat der Reichsverkehrsminister die Preise für Monats-, Schüler- und Arbeiterarbeitskarten vorübergehend um 15 Prozent ermäßigt. Gleichzeitig werden die Mindestpreise auf 4 Kilometer und zwar auf 10 Pfg. in der 1. Klasse, 15 Pfg. in der zweiten, 45 Pfg. in der dritten und 90 Pfg. in der ersten Klasse herabgesetzt. Ferner wird ab 1. November als vorübergehende Maßnahme für Arbeiter, die nur einen Tag in der Woche arbeiten, eine einfache, zur Hin- und Rückfahrt auf dem Stempel „Rückfahrt“ auszugeben gegen tarifmäßigen Nachweis, daß nur an einem Arbeitstag gearbeitet wird. Um dem Wirtschaftslieben Zeit zu lassen, sich auf Goldmark umzustellen, führt die Reichsbahn aus schonender Rücksichtnahme auf die Ernährungslage ab 1. November Sonderpreise für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Preislisten sind in verschiedenen Tarifblättern und der Ausnahmearbeit werden für folgende Lebensmittel um 30 Prozent ermäßigt: 1. Getreide und Getreideerzeugnisse, 2. Mühlenerzeugnisse, 3. Teigwaren, 4. Fleisch und Fleischerzeugnisse, 5. frische Feld- und Gartenerzeugnisse der Klasse 2 und 3, 6. frische Rohwürstchen und frische Rohschinken der Klasse 2, 7. frische Rohschinken der Klasse 2, 8. Butter, Butterschmalz, Margarine und Käse aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse 2 der menschlichen Nahrung, 9. Käse und Quark.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 31. Okt. Die Auszahlung der Decretenten findet nunmehr morgen, den 1. November, von 9-12 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags am Postschalter 3 (nicht am Rentenschalter) statt. Die Auszahlung der Versicherungsrenten erfolgt ebenfalls morgen am Rentenschalter zu gleicher Zeit.
Neuenbürg, 31. Okt. Sofern der Mietzins für Oktober nicht vor 11. Oktober gemäß der feinerseitigen Bekanntmachung durch das Stadtdirektorium bezahlt wurde, beträgt heute die geleistete Miete für Oktober bei normalen Verhältnissen ohne Zuschlag für Hypothekensicherung, Untermiete, Wasserzins, Kammerreinigung, Wärmekosten, Feuerversicherung, Grund- und Gebäudesteuer das 160 prozentige der Friedenmiete ohne Abzug.
Neuenbürg, 31. Okt. Die Rot der Zeit zwingt die Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg-Derrernalb-Bildbad, ihre Kraftwagen Neuenbürg-Canweiler-Derrernalb und Bildbad-Enzweiler bis auf weiteres einzustellen. Sie ist dazu gezwungen, weil durch die überhöhten Fahrpreise die Frequenz derart zurückging, daß von einer Rentabilität nicht mehr gebrochen werden kann. Dazu muß betont werden, daß die Fahrpreise so niedriger gehalten waren, daß sie gerade die Güter der Bevölkerung deckten, während an eine Betriebskostenrechnung, Aufschaltung von Betriebsmaterial u. a. nicht mehr gedacht werden konnte. Es bleibt zu wünschen, daß der Eintritt günstiger Wirtschaftsverhältnisse es möglich ist, den für die Betriebsverhältnisse im Bezirk und weiter her so dringend wünschenswerten Betrieb wieder aufzunehmen. Wie wir wissen, schränken auch andere benachbarte Kraftwagenlinien ihren Betrieb ein, daselbst gilt von der Reichsbahn, die eine Reihe von Zügen aus Sparmaßnahmen ausfallen läßt.
Neuenbürg, 30. Okt. (Kohlenfäure in Gärkellern) Kohlenfäure in Gärkellern kann unter Umständen lebensgefährlich werden. Folgende Vorsichtsmaßnahmen sind anzusehen: 1. Gute Durchlüftung vor dem Betreten. 2. Aufstellen von Kalkmilch in breiten Schüsseln (beide Maßnahmen dienen zur Entfernung der Kohlenfäure). 3. Kontrolle vor dem Betreten durch Wärmomen einer brennenden Kerze; Erlöschen dieser (besonders in der Nähe des Bodens), zeigt Kohlenfäureanreicherung an.

Stuttgart, 30. Okt. (Handelskammer.)

Auf die Verfügung, daß die Postschalter um 5 Uhr abends geschlossen werden, hat sich die Handelskammer Stuttgart alsbald an die Oberpostdirektion Stuttgart gewandt mit der Bitte, mit Rücksicht auf die der Geschäftswelt durch den frühen Schalterclosure entstehenden Unannehmlichkeiten eine Verlegung auf eine spätere Stunde als 5 Uhr veranlassen zu wollen. Die Oberpostdirektion antwortet, die außerordentlich starke Inanspruchnahme der Wertzeichenschalter und der äußerst lebhafte Verkehr an den Geldschaltern infolge der auf Einschränkung des bargeldlosen Verkehrs zielenden Maßnahmen der Banken habe eine derartige Überlastung der Schalter und Kassenbeamten zur Folge, daß sich die Oberpostdirektion genötigt sah, den Postämtern bis auf weiteres die Ermächtigung zu erteilen, die Postschalter nach Bedarf (schon um 5 Uhr nachmittags) zu schließen. Solange die augenblicklichen Verhältnisse andauern, lasse sich aber eine Einräumung des Schalterclosure nicht ermöglichen. Einreichung von Briefen und telegraphische Postanweisungen und Zahlkarten können, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, auch außerhalb der Postschalterdienstzeit gegen Entrichtung der Spätlingsgebühren eingeliefert werden. Die näheren Bestimmungen hierüber sind durch Anschlag bekannt gemacht. Die Oberpostdirektion weist noch darauf hin, daß die Geldschalter der Postämter auch jetzt noch erheblich länger als die Schalter der Banken für den Verkehr mit dem Publikum offen gehalten werden.

Stuttgart, 30. Okt. (Das Schieffeln.)

Das Schwurgericht hat den 44 Jahre alten, verheirateten Kupferschmied August Leinbach von Feuerbach, der am 18. August in der Nähe des Burgholzhauses den Polizeioberwachtmeister Lehmann durch einen Schuß tödlich verletzten, wegen fahrlässiger Tötung und Nötigung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rottweil, 30. Okt. (Wieder ein Fall.)

Bei einem fahrenden Zug aus Billingen wollte eine Fabrikarbeiterin in die vorderen Wagen umsteigen. Dabei kam sie zu Fall, konnte sich aber noch am Wagen festklammern. Durch ihr Schreien wurde der Schaffner auf ihre gefährliche Lage aufmerksam und brachte den Zug sofort zum Stehen. Dem hat sie es zu verdanken, daß sie mit dem Leben davorkam. Dabern muß man sich, daß nicht täglich bei den Arbeiterzügen ein Unglück passiert, denn das Verhalten der jüngeren Arbeiter gegen das Zugpersonal spottet jeder Beschreibung.

Spaichingen, 30. Okt. (Kandidaten.)

Am Sonntag fand in der städt. Turn- und Festhalle die Vorstellung der Kandidaten zu der am Sonntag, den 4. November stattfindenden Stadtschultheißenwahl statt. Es haben sich gemeldet: Stadtschultheiß Graf-Gundelsheim, gebürtig von Rottweil, Ratsschreiber Knapp, bisher Amtsverweiser hier und Dr. Reinhold Winkler-Stuttgart, ein hiesiger Bürger Sohn.

Degensfeld, 30. Okt. (Gemeinde.)

Die auf dem Eberberg nächst dem kalten Feld gelegene Schutzhütte eines Schöpinger Touristen wurde ausgeraubt und durch Feuer vollständig zerstört. Der Besitzer fand nur noch einen Schutzhäufchen vor.

Zettwang, 29. Okt. (Verdiente Strafe.)

Das Schöffengericht verurteilte den Landwirt Karl Ande aus Geppach, Baden, wegen Preiswuchers zu 100 Milliarden Mark Geldstrafe, weil er im August in Friedrichshafen 206 Pfund Weizen zu je 100 000 Mark verkauft hatte, während der Marktpreis 40 bis 50 000 Mark pro Pfund betrug. Der Landwirt Gebhard Pfanner in Rammertsweiler hatte

Ausland.

London, 30. Okt. Reuter erzählt, daß Kabinett habe gestern über die französische Antwort auf Baldwin's Vorschlag betreffend eine Reparationskonferenz beraten. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß Großbritannien im Hinblick auf Frankreichs Antwort nochmals die Regierung der Vereinigten Staaten zu Rate ziehen werde, um genau festzustellen, ob und in welchem Grade Amerika geneigt ist, bei dem Werke der Wiederherstellung der europäischen Stabilität zu helfen. Man erwartet auch einen weiteren Meinungsaustrausch mit Frankreich.

Württemberg.

Martinsmoos D. A. Calw, 30. Okt. (Einbrecher.)

Als die Frau des Bauern Martin Klink den Keller schließen wollte, vernahm sie ein verdächtiges Geräusch. Sie schloß den Kellertür auf und holte ihren Mann, der einen Einbrecher antraf. Er wurde festgenommen. Man fand bei ihm verschiedene andernorts gestohlene Gegenstände.

Stuttgart, 30. Okt. (Fleischpreisverhöhung.)

Der heutige Tag hat eine Fleischpreisverhöhung gebracht, die nicht nur die Friedensgoldmarkpreise erreicht, sondern sogar um rund 50 Prozent überhöht hat. Vom Mittwoch ab kostet je das Pfund: Ochsen- und Rindfleisch 1. 20 Milliarden (nach dem letzten Markt: 6.5), Rindfl. 2. 13 (5.8), Aufst.

Neuenbürg.
Unterzeichner: **Heu**
Kartoffeln in **Burgard**
Ziehharmonien
Grammophon
werden schnell und repariert bei **Hahnloser, Plorenz**
Bergrstraße 27.
Daselbst können alle Harmonikas für neue Aufwache werden.

Anzeigen
Briefform
Buchdruckerei **Strom**



Erregung nach Kräften zu führen. Er spricht von dem „Dresdener Militärreich“ und von der „Ibodie des Militarismus“, die Herrn Poincaré einen Beweis für die These liefert, daß sich Deutschland innerlich nicht gewandelt habe. Gleichzeitig wirft der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ dem Reichskommissar Dr. Heine vor, der sächsischen Bevölkerung eine irreführende Darstellung der Rechtslage gegeben zu haben. Es müsse ihm bekannt sein, daß der Reichspräsident keineswegs die sächsische Regierung abgesetzt und Dr. Heine zum Reichskommissar ernannt habe. Der Reichspräsident hat vielmehr dem Reichskanzler eine allgemeine Ermächtigung gegeben, die sächsische Regierung und die nötigen anderen Behörden abzusetzen. Für den Zeitpunkt und die Art der Ausübung dieser Ermächtigung trägt allein der Reichskanzler die Verantwortung. Er trägt auch die Verantwortung für die Ernennung des Reichskommissars Dr. Heine. Diese Ernennung ist unseres Wissens erst in der Parteiführerbesprechung am Montag vormittag den Fraktionsführern und Parlamentsmitgliedern bekannt gegeben worden. Hätte der Reichskanzler, wie es richtig und klug gewesen wäre, die Frage der Durchführung der Ermächtigung des Reichspräsidenten und die Ernennung des Reichskommissars vor das Kabinett gebracht, so würden die sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder und mit ihnen vielleicht auch der eine oder andere bürgerliche Minister vor übertriebenen Schritten haben warnen können. Insbesondere würden sie auch zweifellos gegen die Ernennung Dr. Heines Einspruch erhoben haben, denn die Berufung eines führenden Volksparteilers dürfte doch in einem Staate mit sozialistischer Mehrheit alles andere als beruhigend wirken. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ läßt diesen Vorstoß gegen den Kanzler in folgendem Urteile ausfallen: „Alle Maßnahmen dieser unglücklichen zwei Tage tragen den Stempel der Unüberlegtheit und der Unbereitschaft an sich, die das Vertrauen in die politische Führung des Kabinetts beeinträchtigen müssen.“

Berlin, 31. Okt. Eine Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge wurde eine ultimativ formulierte Forderung der KPD, die Sozialdemokratische Partei bereit sei, mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorstand abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der KPD angeführten Einzelforderungen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sachlich Stellung nehmen. Forderung des Ausschusses des Reichspräsidenten Oberst aus der sozialdemokratischen Partei.

Berlin, 31. Okt. In einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre wurde laut „Vorwärts“ eine Entschiedenheit angenommen, in der von der Reichstagsfraktion gefordert wird, wegen des Vorgehens der Reichsregierung gegen Sachsen den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister aus der großen Koalition zu beschließen. In einer weiteren Entschiedenheit wurde von den Partei- und Gewerkschaftsleitungen die planmäßige Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und die sofortige organisatorische Vorbereitung des Generalstreikes als wirksamstes Mittel gegen die Konterrevolution verlangt. Schließlich wurde gegen eine starke Minderheit ein Antrag angenommen, der nach dem Vorbild der Funktionäre in Leipzig den sofortigen Ausschluss des Reichspräsidenten Oberst aus der Partei fordert.

Kommunistisches Werben um die Sozialdemokratie.
Berlin, 30. Okt. Zur bevorstehenden Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie gemeldet, morgen zusammentritt, bemerkt das Kanzlerorgan, die „Zeit“, daß unübersehbar starke Strömungen in der Fraktion gegen eine weitere Unterstützung der Regierung vorhanden sind. Doch sei

es fraglich, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesen Strömungen nachgeben wird. Sollte Reizung zum Ausschließen aus der Koalition vorhanden sein, so müßte man doch wohl stichhaltigere Gründe haben, da die sozialdemokratische Partei das Vorgehen gegen Sachsen an sich ja nicht abgelehnt hätte. Die Kommunisten sind inzwischen eifrig bemüht, die Sozialdemokratie an ihre Seite zu ziehen, und die Zentrale der kommunistischen Partei hat bereits den Bundesvorständen der Gewerkschaften und der der sozialdemokratischen Parteileitung einen neuen Bündnisantrag gemacht. Die Generalstreik-Parole taucht auch in Berlin wieder auf, doch scheinen die Gewerkschaften bei der Ausschloßlosigkeit, eine solche Bewegung zu finanzieren, keine Neigung zu einer derartigen Maßnahme zu haben. Der erweiterte Bezirksvorstand der KPD hat gestern aus Anlaß der Dresdener Vorgänge die Mobilisierung des Proletariats gegen den „Ansturm der Reaktion“ verlangt. Heute abend wird der von den freigewerkschaftlichen Organisationen gebildete Aktionsausschuß sich über die weiteren Schritte schlüssig werden. Die „Deutsche Zeitung“ freilich glaubt derzeit aus den verschiedenen Anzeichen auf die Schwäche der Sozialdemokratie schließen zu dürfen, die sich diesmal bis zur Erde beuge, um dem Stolz auszuweichen. Daraus ergebe sich für die andere Seite, daß jetzt oder nie die Stunde gekommen sei, den Stolz wirklich zu führen.

Das Krupp-Abkommen mit Frankreich.
Paris, 30. Okt. Die Blätter teilen mit, daß Krupp gestern bereits einen Vertrag mit der Internationalen Mission im Ruhrgebiet abgeschlossen hat. Der deutsche Industrielle gebe die Verpflichtung ein, die rüstungsfähigen Kohlenzeiger zur Hälfte in bar und zur Hälfte in Raten zu zahlen. Krupp wird außerdem 20 Prozent der Kohlenförderung seiner Gruben zur Verfügung der Verbündeten halten. Man sieht voraus, daß der Kontakt zwischen Krupp und den Okkupationsbehörden vollständig ausgearbeitet werden wird und die verschiedenen Parteien morgen ihre Unterseite unter ihn legen werden. Der „Matin“ behauptete, daß Krupp bereits mehrere Millionen an ausländischen Devisen den französischen und belgischen Behörden als Unterpfand seiner Verpflichtungen zur Verfügung gestellt hat. Die Klauseln des abgeschlossenen Vertrags betragen, daß Krupp auch in Zukunft Kohlenzeiger nach Maßgabe der Förderung seiner Gruben zu entrichten hat. Der Umfang dieser Steuer wird jedoch erst in einigen Wochen nach genannten Ermittlungen der dieser Tage fortgesetzten Produktion festgesetzt werden.

Verpflichtungstatil der Reparationskommission.
Paris, 30. Okt. Dasas erklärt, daß die Reparationskommission jedenfalls in ihrer morgigen Sitzung die endgültige Entscheidung über die deutsche Note vertragen wird. Man sei der Ansicht, daß das deutschseits gestellte Verlangen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nachzuprüfen und die Aufgabe des von Amerika und England vorgelegenen Sachverständigen-Ausschusses einem gleichartigen Juroc dienen. Mit Rücksicht auf die englische Delegation bestehe deshalb die Absicht, die Anhörung der deutschen Delegierten vorläufig zu vertragen.

Bonar Law 7.
London, 30. Okt. Der frühere englische Premierminister Bonar Law ist heute früh gestorben. Bonar Law war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und, obwohl in der letzten Zeit die Bulletin oft von einer Besserung in seinem Befinden sprachen, war es in Ministerkreisen längst bekannt, daß der englische Staatsmann diese Krankheit nicht überleben würde.

Neuer englischer Kabinettsrat.
London, 30. Okt. Das englische Kabinett trat unter Vorsitz Baldwins heute mittag zu einer neuen Beratung über die fran-

zösische Antwortnote zusammen. Baldwin, der heute abend einer Konferenz in Spanien beizuwohnen wich, hat seine Abreise dorthin um zwei Stunden verschoben, um diesem Kabinettsrat beizuwohnen zu können. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur jetzigen Kabinettsitzung, in britischen Kabinettskreisen scheine das Hauptinteresse der Erklärung Poincarés gerichtet zu sein, daß die Kommission ihre Aufgaben nicht beginnen könne, bevor sie sich nicht zu der letzten Definition des französischen Premierministers über die Einstellung des passiven Widerstandes, d. h. über die Rückkehr zu den Bedingungen vom 10. Januar geeinigt habe. Es sei auch darauf hingewiesen worden, daß der Versailler Vertrag die Aufnahme deutscher und neutraler Sachverständiger in die vorgeschlagene Kommission nicht ausschliesse, was bereits durch ihre Beteiligung an dem Bankrottentscheid vom Jahre 1922 bewiesen wurde. Es sei jedoch keinerlei Hinweis erfolgt, daß London gegenwärtig auf ihren Einfluß dringen werde. Unter den Punkten, über die weitere Informationen aus Paris eingeholen sein würden, seien folgende: 1. Die Frage des früheren Zeitpunktes, zu dem die Kommission ihre Arbeiten beginnen könne. — dies bezieht sich auf die französische Definition über die Einstellung des passiven Widerstandes. 2. Die Frage des Kreises der Mächte, aus denen die Sachverständigen gewählt würden. 3. Die Frage der Methoden der Ernennung der Sachverständigen, in besonderer, inwiefern sie auf Wunsch ihrer Regierung ernannt werden sollen. An Japan ist noch nicht formell herangetreten worden; aber falls die Untersuchung abgelehnt werde, würde es sicher eingeladen werden und man könne damit rechnen, daß es diese Einladung annehmen werde.

Lloyd George gegen die französische Unerfälligkeit.
New-York, 30. Okt. Lloyd George sprach gestern in Richmond im Staate Virginia. Er erklärte Poincaré werde, wenn er darauf bestehe, Deutschland bis auf den letzten Pfennig zu Reparationszwecken auszupressen, von vornherein den Reparationsplan des Staatssekretärs Hughes zur Unbrauchbarkeit verurteilen. Frankreich müsse es sich abzuwehren, bei jeder milderen Forderung der Reparationssumme zu unterlegen, wenn der Plan Hughes Aussichten auf Erfolg haben solle.

Die amerikanische Regierung über die Unterfuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

London, 30. Okt. Die „Times“ meldet aus Washington: Weder das vom Canal d'Orsay veröffentlichte Communiqué, noch die von Poincaré gehaltenen Rede schienen nach Ansicht der amerikanischen Regierung eine Lage, in der es den amerikanischen Wirtschaftsauctoritäten möglich sein würde, an einer Unterfuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit teilzunehmen. Es sei die deutsche Absicht der amerikanischen Regierung, daß, wenn die von den Sachverständigen gesammelten Informationen die Unmöglichkeit zeigen sollten, von Deutschland die Summen einzubringen, die von ihm verlangt würden, werde Frankreich noch irgend eine andere Regierung sich einer Abänderung der Beträge widersetzen könne. Vor allem sei wichtig, daß die Unterfuchung unter solchen Bedingungen vor sich gehe, und die Tarifdaten in einer derartigen Weise unterbreitet würden, daß kein Zweifel an der Richtigkeit des Berichtes des Ausschusses bestehe. Wenn eine Entscheidung bezüglich der Methoden in Europa erzielt werde, so brauche keinerlei Scheu vor der Teilnahme der Vereinigten Staaten erwartet zu werden. Entweder Biermont Morgan oder ein Mitglied seiner Partei werde aller Wahrscheinlichkeit nach ernannt werden, an der Unterfuchung teilzunehmen. Der vollkommen inoffizielle Berater seiner Aufgabe werde jede Verweigerung der Frage an den Senat unnötig machen.

Ärztliche Gutachten in Renten- und Heilverfahren.

1) Die Landesversicherungsanstalt beschränkt ihre Ansprüche auf den **Nachweis der Invaliddität** künftig bis auf weiteres folgendermaßen:

- Bei Rentenbewerbern, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, wird auf jegliches ärztliche Gutachten verzichtet, wenn die Ortsbehörde pflichtmäßig bescheinigen kann, daß nach dem persönlichen Eindruck und den tatsächlichen Erwerbsverhältnissen Invaliddität nicht zu bezweifeln ist.
- Bei Rentenbewerbern unter 60 Jahren genügt die Abgabe eines gekürzten ärztlichen Gutachtens; eine beschränkte Anzahl von Vordrucken hierzu werden an die Gemeinden ausgegeben, in welchen ein Arzt anständig ist.

Die Ortsbehörden haben, nachdem die ärztliche Begutachtung nunmehr eingeschränkt ist, künftig die Feststellungen über die Arbeitsfähigkeit und tatsächliche Arbeitsleistung sowie über den Arbeitsverdienst mit besonderer Sorgfalt vorzunehmen und die entsprechenden Bistern des Antragvordruckes eingehend zu beantworten.

II) Auch bei Anträgen auf **Heilverfahren** ist die ärztliche Begutachtung einzuschränken; hierüber werden, wie vorstehend Ziff. 2, ebenfalls eine Anzahl Vordrucke ausgegeben. Die Ortsbehörden haben die Heilverfahrensankträge von Versicherten, die nicht Mitglied einer Krankenkasse sind, der Versicherungsanstalt vorzulegen und dabei im Antrag zu bemerken, an welcher Krankheit der Antragsteller leidet und wer der behandelnde Arzt ist.

III) Zu Invaliddentenankträgen sind künftig die Vordrucke 701 b und zu Heilverfahrensankträgen die Vordrucke 702 b zu verwenden. Die schon ausgegebenen Vordrucke V 701 bis 703 können aufgebraucht werden.

Neuenbürg, den 29. Oktober 1923.
Versicherungsamt:
 Amtmann Fedel.

Nadel-Langholz-Verkauf.

Das **Groß-Forkamt Kallenbrunn in Gernsbach** ver'auft freihändig aus Abt. I 1-22, 26, 63: 1,19 fm. Forsten-Langholz III. Kl., 618,71 fm. Tannen- und Fichten-Langholz I.-VI. Kl.

Auszüge und Angebotsformulare durch das Forkamt. Verkaufstermin: 10. 11. 23. Barzahlung bis spätestens 15. November 1923. Das Holz wird vorgezeigt in Abt. I 1-22 durch Förster Lauer in Dürreych, Post Weisenbach, Amts Rastatt, in Abt. I 26 durch Förster Rheinshmidt in Brotenau, Post Weisenbach, Amts Rastatt, in Abt. I 63 durch Oberforstwart Dientel in Kallenbrunn, Post Weisenbach, Amts Rastatt (Telefonruf Gernsbach 130).

Ortslöhne.

Um das Verfahren bei der Festsetzung der Ortslöhne, d. h. des örtlichen Tagesentgeltes gewöhnlicher Tagelöhner nach § 149 R.V.O., zu vereinfachen und zu verbilligen, werden dieselben laut Bekanntmachung des Oberversicherungsamts vom 17. ds. Mts. mit Wirkung vom 22. Oktober ds. Js. an bis auf Weiteres folgendermaßen festgesetzt:

Als **Grundbeträge** für den Bezirk Neuenbürg dienen nachstehende Taglohnsätze:

	für Versicherte unter 16 Jahren	für Versicherte von 16-21 Jahren	für Versicherte über 21 Jahren
männlich	1 M. 20 J.	2 M.	3 M.
weiblich	80 J.	1 M. 20 J.	1 M. 70 J.

Diese Grundbeträge werden mit der jeweils im Staatsanzeiger zur Veröffentlichung gelangenden **Reichsrichtzahl vervielfacht**. Die sich ergebenden Zahlen werden bei Teilzahlen von 500 000 und mehr auf volle Millionen aufgerundet, bei Teilzahlen unter 500 000 auf volle Millionen abgerundet.

Die neuen Ortslöhne treten jeweils am Montag derjenigen Woche in Kraft, in der die betreffende Reichsrichtzahl im Staatsanzeiger veröffentlicht wird. Sie werden künftig nur noch in der Württ. Krankenkassenzeitung veröffentlicht.

Neuenbürg, den 29. Oktober 1923.
Versicherungsamt:
 Amtmann Fedel.

Nichelberg. Papier- u. Brennholz-Verkauf

am **Wittwoch, den 7. Nov. 1923,** nachmittags 2 Uhr
 auf dem Rathaus hier, aus **Nichelberg, Günerberg, Reifern,**

Koller 164 Nm., Anbruch 131, Cide 1, Buche 3 Nm.
 gegen Barzahlung in Goldmark.

Der Gemeinderat

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg!

Metzger-Innung.

Neuer Fleischpreis ab Mittwoch, 31. Okt. 1923:

Ochsen- und Rindfleisch	per Pfund	20 Milliarden,
Ruhfleisch	" "	15 "
Kalbfleisch	" "	20 "
Schweinefleisch	" "	20 "

Neuenbürg.
 Für den Monat **Oktober**
Licht
 1 R.W.St. 500 Mil. M.
Kraft
 1 R.W.St. 400 Mil. M.
 Städt. Elektrizitätswerk.

Suche auf 1. Hypoth. anzunehmen
300 Goldmark,
 auf ein 2 stöckiges Wohnhaus samt Scheuer und Stall, 1921 neu erbaut.
 Zu erfragen in der „Engländer“-Geschäftsstelle.

Billigste Preise! Prompte Bedienung!
Bandjägen
 in Holzuntergestell, mit Angelagerung, für Landwirte und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.
Friedrich Huber, Maschinenbau, Unterreihendach O.A. Calw. Telefon 17.

H. M. „Gr. Baum“

Verkaufe
 entbehrlichsthalber:
1 Keilföcher, 1 Wirtschafts-Wage samt Gewicht, ferner: **8 Treppentritt,** zu einer 1/4 gemauerte Treppe, alles neu und billig.
 Wer? sagt die „Engländer“-Geschäftsstelle.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle
 kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, **alte Schmuckstücken** von Brillanten, Rosen und **Silbermünzen,** in und ausländische.
Edelmetall-Handlung A. Metsch, Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Ziehharmonikas und Grammophon
 werden schnell und billig repariert bei
Gebr. Gohnlofer, Pforzheim, Verstraße 27.
 Dasselbst können alte Ziehharmonikas für neue eingetauscht werden.

Konto-Büchlein empfiehlt
G. Nech'sche Buchhandlung